



Michael Lüders
Wer den Wind sät
Was westliche Politik im Orient anrichtet

2020. 179 S., mit 1 Karte
ISBN 978-3-406-75157-8

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/30369899>

© Verlag C.H.Beck oHG, München

Eine Geschichte erscheint in unterschiedlichem Licht, je nachdem, wo man beginnt, sie zu erzählen. Das iranische Verhältnis zum Westen etwa versteht nur, wer den von CIA und MI 6 eingefädelten Sturz des demokratischen Ministerpräsidenten Mossadegh im Jahr 1953 berücksichtigt. Ohne den Irakkrieg von 2003 und die westliche Politik gegenüber Assad in Syrien lässt sich der Erfolg des «Islamischen Staates» nicht begreifen. Eindrücklich zeigt dieses Buch, wie in der Region alles mit allem zusammenhängt und wie sich der Westen seine Feinde immer wieder selbst schafft.

Michael Lüders war lange Jahre Nahost-Korrespondent der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT. Er ist Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, in Nachfolge des verstorbenen Peter Scholl-Latour. Als Nahost-Experte ist er häufiger Gast in Hörfunk und Fernsehen. Bei C.H.Beck sind von ihm erschienen: *Tage des Zorns* (2011) über die arabische Revolution und *Iran – der falsche Krieg* (2. Auflage 2012), *Die den Sturm ernten* (7. Auflage 2019), *Armageddon im Orient* (3. Auflage 2019) sowie die Thriller *Never Say Anything* (3. Auflage 2016) und *Die Spur der Schakale* (2020).

Michael Lüders

Wer den Wind sät

**Was westliche Politik
im Orient anrichtet**

C.H.Beck

«Wenn alle dasselbe denken,
werde ich misstrauisch.»

Stefan Hell,
Nobelpreisträger für Chemie 2014

Die ersten 29 Auflagen dieses Buches erschienen 2015 bis 2019
als Klappenbroschur in C.H.Beck Paperback

Mit einer Karte (Peter Palm, Berlin)

1., um ein Nachwort ergänzte, aktualisierte Auflage
als Taschenbuch in C.H.Beck Paperback. 2020

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2015

www.chbeck.de

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Umschlaggestaltung: Geviert, Grafik & Typografie, Christian Otto

Umschlagabbildung: Operation Iraqi Freedom

© Russell Colley/Combat Camera/Wikimedia Commons

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 75157 8



klimaneutral produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Inhalt

Wind säen, Stürme ernten: Zur Einführung 7

Putsch in Teheran: Der Sündenfall 12

Endspiel am Hindukusch: Washington und
Riad als Geburtshelfer von Al-Qaida 23

«Mission accomplished»:
Die Amerikaner schaffen die Grundlage
für den «Islamischen Staat» 37

«Gute» und «böse» Dschihadisten:
Wie der Westen vermeidet,
aus seinen Fehlern zu lernen 58

Im Herzen der Finsternis: Was den
«Islamischen Staat» so erfolgreich macht 81

«Heilige Allianz»: Die USA setzen auf
Diktatoren und Feudalherrscher 111

Freibrief für Israel? Der Gazakrieg 2014 142

Die neue Weltunordnung: Ein Ausblick 168

Nachwort zur Taschenbuch-Ausgabe 175

Karte 180

Wind säen, Stürme ernten: Zur Einführung

Als ich einem Freund in Budapest vom Anliegen dieses Buches erzählte, verstand er es auf seine Weise: *How the Americans and British fucked up the Middle East and happily continue to do so*. Im Kern ist das gar nicht einmal falsch. Dieses Buch ist eine Abrechnung mit westlicher Politik, die gerne für sich in Anspruch nimmt, «wertorientiert» zu handeln, im Nahen und Mittleren Osten aber vielfach verbrannte Erde hinterlassen hat. Die Akteure sind dabei in erster Linie die USA und ihr engster Verbündeter, Großbritannien. Spätestens seit 9/11 gehören aber auch die übrigen Mitgliedstaaten der EU dazu, nicht zuletzt Deutschland.

Wer die Konflikte der Gegenwart, darunter den Vormarsch des «Islamischen Staates», den Atomkonflikt mit dem Iran oder den Krieg in Syrien, verstehen will, muss sich mit westlicher Politik befassen, ihrer Einflussnahme auf die Region seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Selbstverständlich ist sie nicht der alleinige Brandstifter, aber ein sehr verlässlicher. Angefangen mit dem Sturz Mossadeghs im Iran 1953, dem Sündenfall schlechthin. Wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, hat sich das Grundmuster westlicher Interventionen in der arabisch-islamischen Welt über Jahrzehnte hinweg kaum verändert. Allem voran die Neigung, die Konfliktparteien in «gut» und «böse» zu unterteilen.

Sobald ein Staat, ein nichtstaatlicher Akteur (Hamas, Hisbollah) oder ein Regierungschef als «böse» gebrand-

markt ist, wird er, nicht zuletzt unter Zuhilfenahme dienstbarer Geister in «Denkfabriken» und den Medien, dämonisiert. Der Vergleich mit Hitler ist dabei ein ebenso beliebtes wie effizientes Mittel zum Zweck – mit Verbrechern dieses Kalibers zu reden, geschweige denn mit ihnen zu verhandeln, wäre Appeasement, ein Verrat an den Werten, für die der Westen steht. Mossadegh, der 1951 die von Großbritannien kontrollierte iranische Erdölindustrie verstaatlicht hatte und dafür zwei Jahre später mit einem von britischen und US-Geheimdiensten inszenierten Putsch bezahlte, war der Erste, der im Westen als «zweiter Hitler» verteufelt wurde. Ihm folgte der ägyptische Präsident Nasser, der 1956 den Suezkanal verstaatlichte und damit den Zorn der britischen und französischen Investoren auf sich zog: Auch er ein Hitler, der mit Hilfe des Suezkrieges gestürzt werden sollte, ohne Erfolg. Die letzten vier auf dieser Liste: Saddam Hussein, der vormalige iranische Präsident Ahmadinedschad, Baschar al-Assad, Wladimir Putin.

Das absolut Böse hat natürlich sein Pendant, das selbstlos Gute nämlich. Die Guten sind wir, die westliche Politik, weil sie für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte steht. Westliche Politiker vermeiden es nach Möglichkeit, von Interessen zu reden. Lieber erwecken sie den Eindruck, sie betrieben ein weltweit angelegtes Demokratisierungs- und Wohlfahrtsprogramm. Eigene Fehler, Versäumnisse, Lügen und Verbrechen, die in der arabisch-islamischen Welt allein seit 9/11 Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, werden großzügig übersehen. Und selbstverständlich haben die Guten das Recht, die Bösen zu bestrafen, mit Hilfe etwa von Wirtschaftssanktionen. Immer in der leisen Hoffnung auf einen Regimewechsel. In jüngster Zeit sind sie vor allem gegen den Iran und Russland verhängt worden. Gegenüber China hat Washington seine 1989, nach dem Tiananmen-Massaker in Peking, eingeleitete Sank-

tionspolitik still und leise eingefroren – zu groß sind inzwischen die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Staaten.

Die Guten glauben, dass ihre Moral eine überlegene sei, weil sie für die Freiheit der Ukraine oder Menschenrechte im Iran streiten. In erster Linie allerdings geht es darum, geopolitische Widersacher auszuschalten, zu schwächen oder kleinzuhalten. Der Umstand, dass Länder wie China, Indien oder Brasilien der Sanktionspolitik des Westens nicht folgen, weder gegenüber Russland noch dem Iran, irritiert deren Verfechter nicht – ihnen gilt Washington als Nabel der Welt. Und sie glauben an den Erfolg ihrer Politik: Wir haben die Mullahs so sehr unter Druck gesetzt, dass sie endlich über ihr Atomprogramm verhandeln! Das stimmt nur zum Teil. Die andere Seite der Medaille ist diese: Entweder arrangiert man sich mit der regionalen Mittelmacht Iran, oder aber es kommt, über kurz oder lang, unweigerlich zur Eskalation, zum Krieg. Den kann niemand ernsthaft führen wollen, abgesehen von den Extremisten in Israel und den USA.

Obwohl hiesige Politiker und Meinungsmacher eigentlich wissen könnten, dass die wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen des Westens längst an ihre Grenzen gestoßen sind, die USA eine Weltmacht auf dem Rückzug darstellen und wir anderen unseren Willen in einer zunehmend multipolaren Welt nicht mehr ohne weiteres aufzwingen können, agieren die meisten Protagonisten der reinen Lehre, *The West is Best*, noch immer so, als wäre die Berliner Mauer gerade erst gefallen. Der Glaube an die eigene Allmacht erscheint ungebrochen. Wie sonst wäre zu erklären, dass westliche Politik lieber auf Konfrontation setzt als auf Kooperation; so wenig Bereitschaft erkennen lässt, aus eigenen Fehlern zu lernen? Hat, beispielsweise, der «Krieg gegen den Terror» Al-Qaida oder die Taliban geschwächt

oder gar besiegt? Die USA haben seit 2001 in sieben mehrheitlich muslimischen Ländern militärisch interveniert oder sie mit Drohnen angegriffen: Afghanistan, Irak, Somalia, den Jemen, Pakistan, Libyen, Syrien. In welchem dieser Staaten haben sich anschließend die Lebensbedingungen der Bewohner verbessert, zeichnen sich Stabilität und Sicherheit ab? Gibt es eine einzige militärische Intervention des Westens, die nicht Chaos, Diktatur, neue Gewalt zur Folge gehabt hätte? Mag jemand der folgenden Aussage widersprechen: Ohne den von den USA im Rahmen einer «Koalition der Willigen» herbeigeführten Sturz Saddam Husseins 2003 und der anschließenden Verheerung des irakischen Staates durch eine ignorante und auf Konfessionalismus ausgerichtete amerikanische Besatzungspolitik würde es heute den «Islamischen Staat» nicht geben?

Die Region von Algerien bis Pakistan stellt mittlerweile einen nahezu durchgängigen Krisenbogen dar, heimgesucht von Kriegen, Staatszerfall, Stagnation und Gewalt. Die Gründe dafür sind vielfältig, zwei stechen hervor. Zum einen das Unvermögen und der Unwille der jeweiligen Machthaber, andere als Klientelinteressen zu bedienen. Jedwede Opposition wird gewaltsam unterdrückt. Bis es zum großen Knall kommt, zuletzt im Zuge der arabischen Revolte. Es folgt die Herrschaft von Militärs, Milizen oder Warlords, von Clans und Stämmen, von religiösen oder ethnischen Gruppen – mithin Kleinstaaterei, Selbstzerstörung und Barbarei. In diesem Umfeld gedeihen unterschiedliche Gruppen von Dschihadisten, denen der Koran als Folie zur Rechtfertigung von Willkür, Eroberung und Terror dient.

Zum anderen die seit kolonialen Zeiten betriebene westliche Einflussnahme, darunter die von Großbritannien und Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Lineal gezogenen Grenzen der meisten arabischen Staaten. In den 1950er Jahren wurden die USA zur Hegemonialmacht in der

Region. Washingtons Interventionen, allen voran der Putsch 1953 in Teheran, wirken bis heute fort, auch wenn sie bei uns, im Westen, längst vergessen sind oder vom Bild einer wohlwollenden, «unersetzlichen» Großmacht überlagert werden.

Fangen wir also mit der Vergangenheit an, um die Gegenwart besser zu verstehen: am Beispiel Irans.

Putsch in Teheran: Der Sündenfall

Der Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Premierminister Irans, Mohammed Mossadegh, war minutiös geplant und über Monate vorbereitet worden. Nichts hatten die CIA («Operation TPAJAX») und der britische Geheimdienst MI 6 («Operation Boot») dem Zufall überlassen. Das Ziel war klar: «Kampagne zur Installierung einer pro-westlichen Regierung im Iran», heißt es in einem kürzlich freigegebenen Dokument der CIA von 1953. Und weiter:

«ZIEL Premierminister Mossadegh und seine Regierung.
METHODEN DER DURCHFÜHRUNG Legale und quasi-legale Methoden zum Sturz der Mossadegh-Regierung und ihre Ersetzung durch eine pro-westliche Regierung (...)

CIA AKTION Der Plan wurde in vier Phasen durchgeführt:

1. [Zensiert] (...) den Schah darin zu bestärken, dass er seine verfassungsgemäßen Rechte ausübt und jene Dekrete unterzeichnet, die die gesetzeskonforme Entfernung Mossadeghs als Premierminister ermöglichen.

2. Jene politischen Fraktionen im Iran zusammenzuführen und deren Unternehmungen zu koordinieren, die Mossadegh gegenüber feindselig eingestellt sind, einschließlich des einflussreichen Klerus, um ihre Unterstützung zu gewinnen, auf dass sie jedwede legale Aktion des Schahs zur Entfernung Mossadeghs aus dem Amt befürworten.

3. [Zensiert] (...) die iranische Bevölkerung zu desillusionieren hinsichtlich des Mythos von Mossadeghs Patriotismus, indem seine Zusammenarbeit mit Kommunisten in

den Vordergrund gerückt wird sowie seine Manipulation der ihm von der Verfassung verliehenen Autorität aus Gründen persönlichen Machthungers.

[4.] Gleichzeitig gilt es, einen «Nervenkrieg» gegen Mossadegh zu führen. Mit dem Ziel, ihm und der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, dass sie mit Wirtschaftshilfe nicht rechnen sollten und die USA Mossadeghs Politik mit größter Sorge betrachten:

a) Eine Reihe öffentlicher Statements von hochrangigen US-Beamten, die klarstellen, dass Mossadegh keinen Anlass habe, zusätzliche US-Hilfen zu erwarten.

b) Artikel in US-Zeitungen und Magazinen, die ihn und seine Methoden kritisieren und

c) [Zensiert] (...) Abwesenheit des amerikanischen Botschafters, was den Eindruck unterstreicht, dass die USA ihr Vertrauen in Mossadegh und seine Regierung verloren haben (...)

Die Entfernung Mossadeghs von der Macht wurde am 19. August 1953 erfolgreich vollzogen (...)»

Auf den Tag genau 60 Jahre später, am 19. August 2013, stellte das National Security Archive der George-Washington-Universität in Washington die unter dem «Freedom of Information Act» erlangten damaligen CIA-Dokumente ins Internet, soweit sie nicht weiterhin als «streng geheim» unter Verschluss gehalten werden. Die umfangreiche Lektüre ist beeindruckend, weil sie von bemerkenswerter Kaltschnäuzigkeit, aber auch von beängstigender Professionalität zeugt. Im Zuge der Veröffentlichung sah sich die CIA veranlasst, erstmals öffentlich einzuräumen, dass der amerikanische Geheimdienst federführend am damaligen Staatsstreich beteiligt war.

Dieser ist keineswegs allein von historischem oder akademischem Interesse. Bei den Atomverhandlungen mit dem Iran etwa spielt er unterschwellig eine wichtige Rolle.

Für Teheran geht es dabei um die Frage, ob den USA zu vertrauen sei, ob sie tatsächlich iranische Souveränität zu respektieren gelernt haben oder aber ein weiteres Mal auf Regimewechsel setzen. Wie sehr jenes Ereignis, das dem kurzlebigen demokratischen Experiment im Iran ein Ende setzte und die Diktatur des Schahs begründete, der seinerseits 1979 von der Islamischen Revolution hinweggefegt wurde, in der Gegenwart fortwirkt, zeigt auch die Rede Präsident Obamas an die islamische Welt 2009 in Kairo. Darin räumte er ein: «Mitten im Kalten Krieg spielten die Vereinigten Staaten eine Rolle beim Sturz einer demokratisch gewählten iranischen Regierung.» Ein Satz nur, bewusst vage, doch wird er sich darüber im Klaren gewesen sein, dass der 19. August 1953 im kollektiven Gedächtnis nicht allein der Iraner, sondern vieler Araber und Muslime mindestens dieselbe Bedeutung hat wie der 17. Juni 1953 in Deutschland.

Geld jenseits «unserer kühnsten Träume»

In Großbritannien ist die Beteiligung am Staatsstreich offiziell bis heute kein Thema. In den 1970er Jahren überredeten ranghohe britische Beamte Washington, keine Dokumente zu veröffentlichen, die für London «überaus peinlich» wären. Einzig der britische Außenminister Jack Straw räumte 2009 als Reaktion auf Obamas Rede in Kairo ein, dass es im 20. Jahrhundert «viele Einmischungen» Großbritanniens in iranische Angelegenheiten gegeben habe. Die Veröffentlichungen des National Security Archive kommentierte das Außenministerium in London mit den Worten, man könne eine Beteiligung am Putsch «weder bestätigen noch dementieren».

Der Grund für diese vornehme Zurückhaltung dürfte

wohl sein, dass die Initiative für den Umsturz von London ausging. Die Briten besaßen das Monopol auf die iranische Ölindustrie seit deren Anfängen im Jahr 1909. Aus der Anglo-Persian Oil Company wurde 1935 die Anglo-Iranian Oil Company, AIOC, 1953 schließlich British Petroleum, BP. Bis zum Zweiten Weltkrieg waren etwa 800 Millionen Pfund Sterling Gewinn nach Großbritannien geflossen, während der Iran lediglich 105 Millionen Pfund erhielt. Premierminister Winston Churchill bezeichnete die AIOC als einen «Preis aus einem Märchenland, jenseits unserer kühnsten Träume». Gleichzeitig herrschte in der Ölförderstadt Abadan am Persischen Golf, de facto eine britische Kolonie, ein Apartheid-System. «Nicht für Iraner», hieß es etwa an den Trinkwasserbrunnen. Die schlechten Arbeitsbedingungen führten immer wieder zu Protesten und Streiks, die gewaltsam niedergeschlagen wurden. Ende der 1940er Jahre formierte sich der politische Protest, forderte eine Gruppe von Parlamentariern die Explorationsverträge mit Großbritannien neu auszuhandeln. Ihr Wortführer war der in Frankreich und der Schweiz ausgebildete Rechtsanwalt Mohammed Mossadegh. Er und seine Mitstreiter gründeten die Nationale Front, um die britische Vorherrschaft zu beenden und die Autokratie des Schahs zu bekämpfen. Unter anderem forderten sie Pressefreiheit, freie Wahlen ohne Wahlfälschungen und eine konstitutionelle Monarchie.

Der Schah: 1921 hatte Reza Chan, ein Offizier der Kosakenbrigade, ursprünglich eine Elitetruppe aus russischen und ukrainischen Reiterverbänden im Sold Teherans, die seit 1796 herrschende Qadscharen-Dynastie gestürzt, sich selbst 1926 zum «Schah» (Herrscher) krönen lassen und damit die Pahlevi-Dynastie begründet. «Pahlevi», ein anderes Wort für Mittelpersisch, war die Sprache des Sassanidenreichs, des zweiten persischen Großreichs der Antike (224–641). 1941 wurde er wegen seiner guten Beziehungen zu

Nazi-Deutschland von den Alliierten zum Rücktritt gezwungen, sein Sohn Mohammed Reza beerbte ihn als Schah und blieb es bis zur Islamischen Revolution 1979. Mit Hilfe des Schahs und dessen loyaler Gefolgschaft, die aufgrund von Wahlmanipulationen im Parlament stark vertreten war, suchten die Briten, den politischen Aufstieg der Nationalen Front zu verhindern. Dennoch wurde sie bei den Parlamentswahlen 1950 eine der stärksten Parteien und unterbreitete der AIOC einen Vorschlag zur angemesseneren Aufteilung der Erdöleinnahmen. Die aber lehnte Verhandlungen ab, woraufhin es landesweit zu Protesten und Streiks kam. Weite Teile der Bevölkerung verlangten nunmehr die Verstaatlichung der Erdölindustrie. Die Nationale Front, die sich von Großbritannien provoziert fühlte, schloss sich dieser Forderung an, wie auch ein Großteil der einflussreichen Geistlichen.

Als Mohammed Mossadegh im März 1951 Premierminister wurde, erkannten seine Gegner den Ernst der Lage. Die britische Regierung war entschlossen, an ihrer Ausbeutung der iranischen Ressourcen festzuhalten: Rund 90 Prozent des damals in Europa gehandelten Erdöls stammten aus der Raffinerie in Abadan. Die US-Regierung unter Präsident Truman vertrat eine vorsichtige Linie gegenüber Mossadegh und hoffte, das bröckelnde Empire auch im Iran als Hegemonialmacht beerben zu können. Die Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie löste in Washington zunächst keine größeren Irritationen aus. Die amerikanische Zeitschrift «Time» kürte Mossadegh 1951 gar zum *Man of the Year* und sah in ihm einen mutigen Reformen.

Doch Premierminister Churchill und sein Außenminister Anthony Eden, die frühzeitig den Plan gefasst hatten, Mossadegh zu stürzen, waren dabei zwingend auf die Unterstützung Washingtons angewiesen. Dort zeigte man sich allerdings erst 1953, nach der Amtsübernahme der Eisenhower-

Administration, für Londons Pläne empfänglich. Mehr noch, die Amerikaner übernahmen selbst die Federführung des Putsches. Hatte der Demokrat Truman noch gewarnt, eine gewaltsame Lösung des Irankonfliktes würde «eine Katastrophe nach sich ziehen», sahen die Republikaner in Mossadegh in erster Linie einen «Kommunisten», in der Verstaatlichung selbst einen gefährlichen Präzedenzfall.

Ein gefährlicher Irrer

Der Putsch im Jahr 1953 zeigt ein Grundmuster, das die USA und ihre Verbündeten noch immer bei angestrebten Regimewechseln anwenden: die Dämonisierung des Gegners im Vorfeld der eigentlichen Operation. Eden verglich Mossadegh wiederholt mit Hitler. Eines der 2013 veröffentlichten CIA-Dokumente beschreibt ihn in einer Sprache, die sich später fast wortgleich gegenüber Diktatoren wie Saddam Hussein, Gaddafi oder Baschar al-Assad wiederfindet, als «unberechenbar, irre, gerissen, provokant (...) Einer der gefährlichsten Führer, mit denen wir es je zu tun hatten.» Das iranische Volk habe er gegen die Briten aufgehetzt, indem er sie als «böse» bezeichnet habe: «Er und Millionen seiner Landsleute glauben, dass Großbritannien ihr Land seit Jahrhunderten für britische Interessen missbraucht hätte.»

Die Schlüsselfigur der amerikanischen «Operation TPAJAX» (TP bezieht sich auf die Länderkennung der CIA für den Iran, AJAX auf ein bekanntes Reinigungsmittel) und der britischen «Operation Boot», deutsch: Rauswurf, war der CIA-Mann Kermit Roosevelt, ein Enkel des vormaligen US-Präsidenten Theodore Roosevelt. Er folgte den eingangs zitierten vier Schritten zur Durchführung des Putsches, ergänzt um einen weiteren, dessen Einzelheiten noch immer teilweise zensiert sind: Er verteilte Geldsummen in Millio-

nenhöhe an die Getreuen des Schahs, vor allem aber kaufte er die Gefolgschaft von Soldaten und Straßengesindel. Sie sorgten für den notwendigen Gewaltpegel auf den Straßen, wie er zur Durchführung eines Regimewechsels hilfreich ist. Dutzende Journalisten erhielten Geld, damit sie Mossadegh als Agenten der Sowjetunion anschwärzten.

Die CIA unterteilte den entscheidenden Tag, den 19. August 1953, in vier operative Phasen:

«Phase I: Die große Demonstration. 6.00 Uhr bis 10.30 Uhr»

Vier «Banden aus Raufbolden», mehrere hundert Männer umfassend, eine unter Führung eines Gangsters namens Schaban Dschafari Bimuch («Schaban der Hirnlose»), marschieren ins Basarviertel Teherans und verbreiten Angst und Schrecken.

«Phase II: Bewaffnete Kräfte und Undercover-Agenten greifen ein. 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr»

Das Innen- sowie das Außenministerium werden besetzt, ebenso weitere Regierungsgebäude. Mossadegh nahestehende Zeitungsverlage werden angegriffen und in Brand gesetzt, schließlich werden verschiedene Parteizentralen, das Rathaus, das Telegrafenamts, die Hauptquartiere von Polizei und Militärpolizei besetzt.

«Phase III: Panzer riegeln das Stadtzentrum ab. 5.00 Uhr bis 14.30 Uhr»

«Phase IV: Die Ziele werden erreicht. 14.00 Uhr bis 19.00 Uhr»

14.00 Uhr bis 16.00 Uhr: Radio Teheran wird übernommen.

16.00 Uhr bis 17.00 Uhr: Zahedi (der neue Premierminister und Schah-Vertraute) hält eine Rede an die Nation, von Radio Teheran ausgestrahlt.

14.00 Uhr bis 19.00 Uhr: Mossadeghs Haus ist umstellt.

19.00 Uhr: Mossadegh «gelingt die Flucht».

Der letzte Eintrag bedeutete, dass Mossadegh Gelegenheit gegeben wurde zu «fliehen», um ihn anschließend als Feigling darzustellen. Später wurde er in einem Schaupro-

zess zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und bis zu seinem Lebensende 1967 unter Hausarrest gestellt. Mossadegh ist sicher die tragischste Figur in diesem Drama: Er war ein überzeugter Anhänger des Parlamentarismus, ein Bewunderer Mahatma Gandhis, von Abraham Lincoln und der amerikanischen Demokratie. Heute hieße es wohl: Er teilte die westlichen Werte. Was ihm allerdings nichts nutzte, im Gegenteil. Drei Tage zuvor, am 16. August 1953, vereitelten seine Anhänger einen ersten Putschversuch. Mossadegh machte sofort die ihm verhasste britische Regierung dafür verantwortlich. Doch wollte er nicht glauben, dass auch die Amerikaner involviert sein könnten. So groß war seine Naivität, dass er ausgerechnet den amerikanischen Botschafter um Unterstützung bat. Der riet ihm, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, was er auch tat, indem er die nach dem gescheiterten Putschversuch von der Tudeh-Partei, den Kommunisten, organisierten Proteste für illegal erklärte und der Polizei auftrug, sie zu beenden.

Nach dem Staatsstreich kehrte der Schah aus seinem kurzzeitigen Exil zurück, die Nationale Front und die Tudeh-Partei wurden verboten, zwei Minister hingerichtet, ebenso zahlreiche Kommunisten. «Ich verdanke meinen Thron Gott, meinem Volk, meiner Armee – und Ihnen», sagte der Schah zu Kermit Roosevelt, dem Drahtzieher des Umsturzes. In den folgenden 26 Jahren bis zur Islamischen Revolution spürte Washington die Dankbarkeit des Schahs deutlich mehr als die iranische Bevölkerung. Er machte aus dem Iran einen amerikanischen Militärstützpunkt an der Südgrenze der Sowjetunion und zum wichtigsten Verbündeten Israels in der Region. Teheran wurde zum Polizisten Washingtons: Das Schah-Regime sollte nationalistische und linke Bewegungen in der gesamten islamischen Welt eindämmen helfen. Ein internationales Ölkonsortium wurde gegründet, zum Nutzen amerikanischer Explorationsgesell-

schaften, die 40 Prozent der Anteile hielten, ebenso viele wie BP. Der neue Vertrag sicherte, eine bittere Ironie, dem Iran 50 Prozent der Öleinnahmen zu, deutlich mehr als bisher. Der Schah setzte auf eine von oben betriebene Modernisierung des Landes, deren Nutznießer allerdings vorwiegend die dünne Oberschicht und ausländische Unternehmen waren. Zunehmend beruhte die Herrschaft des Schahs auf seinem gefürchteten Geheimdienst SAVAK, der maßgeblich von amerikanischen und israelischen Agenten ausgebildet wurde. Der Basar, das traditionelle Rückgrat der iranischen Wirtschaft, und der Klerus entwickelten sich in den 1970er Jahren zu Hochburgen der Opposition unter Führung des charismatischen Ayatollah Khomeini, der erst vom Exil im Irak aus, später aus Paris, den Widerstand anführte und lenkte, bis zur Revolution 1979.

Erst der Putsch, dann die Revolution

Kaum ein Historiker bezweifelt, dass die Islamische Revolution und die Machtübernahme Khomeinis die späte Antwort auf den Putsch von 1953 war: eine extreme, zeitversetzte Gegenreaktion. Die amerikanisch-britische Anmaßung hatte die Anfänge einer erfolgversprechenden, parlamentarischen Demokratie brutal beendet und gegen die Diktatur des Schahs eingetauscht, der im Westen als verlässlicher Partner galt, im Innern aber jeden Ansatz einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung blockierte – bis die Religion, der Islam, zum Sammelbecken der Unzufriedenen wurde, stärker als die Macht des SAVAK. Die Fokussierung des Schahs auf Großprojekte, darunter seit 1957 die Atompolitik, änderte nichts daran, dass die große Mehrheit der Bevölkerung weiterhin in Armut und Elend lebte, vor allem auf dem Land und in den wachsenden Slums der Großstädte. Auch

deswegen gelang es ihm nicht, seine Popularität zu steigern. Oberschicht und Geheimdienst – diese Machtbasis erwies sich als zu dünn.

Ohne Putsch 1953 keine Islamische Revolution 1979 – diese Einsicht fällt der amerikanischen Politik noch immer schwer. Auf den einen Satz angedeuteter Selbstkritik Präsident Obamas bei seiner Rede in Kairo 2009 folgte im darauffolgenden bereits die Relativierung: «Seit der Islamischen Revolution hat der Iran eine wesentliche Rolle bei Geiselnahmen und Gewaltakten gegen US-Soldaten und Zivilisten gespielt.»

Soll wohl heißen: Wir sind quitt. Die Vorstellung, dass unterdrückte Völker amerikanische und westliche Politik hassen, ist den meisten Amerikanern und Europäern stets fremd geblieben. Die 404 Tage dauernde Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Teheran, von 1979 bis 1981, erscheint in den USA auch heute noch als der eigentliche Skandal, nicht der Putsch von 1953, der die Lunte entfachte für die Explosion eine Generation später. Die Frage nach Ursache und Wirkung ist unbequem, einfacher erscheint es, den «fanatischen Islam» für die historische Zäsur verantwortlich zu machen, die Khomeini markiert. Parolen wie «Tod Amerika» oder «Tod Israel» erscheinen aus dieser Perspektive als Ausdruck unversöhnlicher Feindschaft, verankert in der Religion, nicht als Quittung für die langjährige Unterstützung der Schah-Diktatur.

Kurz nach seiner Amtseinführung 1953, ein halbes Jahr vor dem Putsch im Iran, stellte Präsident Eisenhower im Nationalen Sicherheitsrat die Frage, warum die meisten Menschen außerhalb der westlichen Hemisphäre die Politik der USA ablehnten. Die Antwort hätte ihm die CIA geben können: Als *Blowback* bezeichnet sie das Phänomen, dass Geheimoperationen in anderen Ländern wie ein Bumerang auf ihre Urheber zurückfallen können.

Ohne Putsch 1953 keine Islamische Revolution 1979 – man kann diese Botschaft nicht deutlich genug vermitteln. Der Putsch war *der* Sündenfall schlechthin, und er wirkt bis heute nach, weit über den Iran hinaus. Seit Khomeini gilt das Land als Feind des Westens, löste der Islam schrittweise den Kommunismus als bevorzugtes Feindbild westlicher Gesellschaften ab. Seit Khomeini verfolgen die USA und mit ihnen die Europäer, Israel und die Golfstaaten mit wechselnder Intensität und in unterschiedlichen Konstellationen offen und verdeckt das Ziel, den Iran als regionalen Akteur auszugrenzen und zu schwächen, nach Möglichkeit einen Regimewechsel herbeizuführen. Es versteht sich von selbst, dass die rücksichtslose Politik der Machtkonsolidierung in den ersten Jahren der Islamischen Republik, in deren Verlauf Zehntausende Regimegegner liquidiert wurden, ferner innenpolitische Repressionen bis hin zur Kleiderverordnung für Frauen und eine nicht allein vom Westen, sondern auch von den Nachbarstaaten oft genug als aggressiv empfundene Außenpolitik kaum dazu beitrugen, in den Mullahs, den neuen Machthabern, Sympathieträger zu sehen.

Nicht zu vergessen: Der islamische Fundamentalismus erlebte als Folge der iranischen Revolution seinen Durchbruch, auf Kosten säkularer, nationalistischer und pro-westlicher Strömungen und Parteien von Marokko bis Indonesien. Dabei spielte es keine Rolle, dass der Iran ein schiitisches Land ist, die Mehrheit der Muslime aber aus Sunniten besteht. Für den politischen Islam wurde Khomeini zum *Big Bang* – fast möchte man ironisch anmerken: Mit freundlichen Empfehlungen von CIA und MI 6, in memoriam Kermit «Kim» Roosevelt Junior (1916–2000).

Endspiel am Hindukusch: Washington und Riad als Geburtshelfer von Al-Qaida

Neben der Islamischen Revolution gab es 1979 noch ein weiteres Großereignis der Weltpolitik, den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan. Das Bergland am Hindukusch, ein wichtiges Transitland für Handelsrouten, auch der Seidenstraße, hat seit Alexander dem Großen immer wieder Eroberer angezogen. Im 19. Jahrhundert wurde Afghanistan zum Spielball der konkurrierenden kolonialen Interessen von Russland und Großbritannien, nach 1979 zu einem Schlachtfeld der Geopolitik: auf der einen Seite die Sowjetunion, auf der anderen die USA, Saudi-Arabien und Pakistan.

Afghanistan mutet auch heute noch archaisch an, auf dem Land haben sich der Lebensrhythmus, die Gebräuche und Traditionen seit Jahrhunderten kaum verändert. Noch immer dominiert die Subsistenzwirtschaft. Amanullah Khan, erster König nach der Unabhängigkeit 1919, versuchte in den 1920er Jahren das Land zu modernisieren und wirtschaftlich zu öffnen. In Anlehnung an Atatürks Reformen in der Türkei wollte auch er mit der Tradition brechen, etwa die Schulpflicht einführen und Mädchen den Schulbesuch ermöglichen. Daraufhin kam es zu landesweiten Aufständen, 1929 schließlich zu seinem Sturz. Der nächste «Modernisierer» war Mohammed Daoud Khan, ein Großneffe Amanullahs, der 1973 die Macht in einem unblutigen Coup ergriff, die Monarchie abschaffte und sich zum Präsidenten ernannte. Auch er stand vor der unlösbaren Aufgabe,

Afghanistan aus dem Mittelalter herausführen zu wollen, doch über keine gesellschaftliche Basis jenseits der hauchdünnen Mittel- und Oberschicht vor allem der Hauptstadt Kabuls zu verfügen. Zunächst konnte er auf die Unterstützung der Kommunistischen Volkspartei Afghanistans zählen, der einzigen säkularen und nicht-ethnischen Partei von Bedeutung. Ihren größten Rückhalt hatte sie unter den Gebildeten und Intellektuellen Kabuls. Die Kommunisten allerdings liquidierten Daoud 1978 und übernahmen mit sowjetischer Hilfe selbst die Macht. Anschließend versuchten auch sie, Modernisierungs- und Alphabetisierungsprogramme umzusetzen, stießen aber auf den erbitterten Widerstand der Landbevölkerung und lokaler wie regionaler Führer, auch der Geistlichkeit. Landesweit kam es zu bewaffneten Aufständen gegen die «Ungläubigen», die schließlich im Bürgerkrieg mündeten. Um die Lage zu beruhigen und Afghanistan im Einflussbereich Moskaus zu halten, marschierte die sowjetische Armee Weihnachten

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de